

Landesparteitag DIE LINKE. NRW

07./08. Dezember 2013

Kulturhaus Herne

HEFT 3

Anträge

Antragsnummer: 10.1.

Bezeichnung: Präferenz Europaliste

Antragssteller: Michael Bruns (Mitglied Präsidium Bundesausschuss, NRW) Nina Eumann (BA-Mitglied NRW) Nils Böhlke (BA-Mitglied, BAG betrieb & gewerkschaft) Iris Bernert-Leushacke (BA-Mitglied NRW) Christian Leye (BA-Mitglied NRW) Heidrun von der Stück (BA-Mitglied NRW) Alexander S. Neu (BA-Mitglied, BAG FiP) Marc Mulia (BA-Mitglied NRW) Ralf Knocke (BA-Ersatzmitglied NRW)

DIE LINKE. NRW ins Europaparlament!

Wir beantragen den Tagesordnungspunkt "Unterstützung von Kandidaturen für die Europaliste" auf die Tagesordnung des Landesparteitages zu nehmen.

Der Landesparteitag möge eine Kandidatur aus NRW für einen aussichtsreichen Platz (bis Platz 7) auf der Liste für die Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem möglichst deutlichen Votum ausstatten.

Begründung:

Der große wichtige linke Landesverband NRW sollte den Anspruch haben, zumindest eine Kandidatur aus NRW auf einem aussichtsreichen Platz (bis Platz 7) auf der Liste für die Europawahlen zu platzieren. Diesem Anspruch kann mit dem Votum des Landesparteitages größtmöglichen Nachdruck verliehen werden.

Das deutsche Sitzkontingent im Europäischen Parlament wird von 99 auf 96 Sitze verleinert. Es gibt nur noch eine 3%-Hürde. Selbst bei Wiedererzielung des Wahlergebnisses von 2009 würden weniger Mandate errungen als bisher. Will ein Landesverband einE GenossIn ins Europäische Parlament schicken, sollte sie oder er unbedingt mit einem deutlichten Votum ausgestattet werden.

Der Parteibasis in NRW, deren VertreterInnen zusammen mit den VertreterInnen aus den anderen Landesverbänden im Februar 2014 auf der BundesvertreterInnenversammlung in Hamburg die Europaliste endgültig wählen werden, soll die Gelegenheit erhalten sich zum **Listenvorschlag des Bundesausschusses** und den **vorliegenden Kandidaturen für aussichtsreiche Listenplätze** zu verhalten.

| |
|---|
| Antragsnummer: 12.1. Bezeichnung: Vorbereitung Kommunalwahl Antragssteller: G. Blocks |
|---|

Zur Vorbereitung der Kommunalwahl in den Kreisverbänden

Der Landesparteitag möge beschließen:

Um für die künftige – diesmal sogar 6-jährige (!) – Amtszeit der Kommunalvertretungen besser als 2009 gerüstet zu sein, sind alle Kreisverbände aufgefordert, die folgenden Leitsätze bei ihren Entscheidungen zur Kommunalwahl zu Grunde zu legen:

1. DIE LINKE. NRW kandidiert zur Kommunalwahl mit einheitlichen politischen Rahmen-Zielen: Sie ergeben sich aus den vom Landesparteitag verabschiedeten Kommunalpolitischen Leitlinien. DIE LINKE vor Ort orientiert sich an den konkreten Rahmenbedingungen und Klassenkämpfen in ihrem Umfeld und konkretisiert hieraus abgeleitet ihre örtlichen Zielsetzungen in ihrem jeweiligen Kommunalwahlprogramm.
2. DIE LINKE tritt in allen Kreisen und kreisfreien Städten zur Kommunalwahl an – und zwar unter dem Namen DIE LINKE: ohne jegliche Zusätze¹. Dies macht Unterschriftensammlungen, um antreten zu dürfen, überflüssig, erhöht den Wiedererkennungswert gerade auch bei parallel laufender EU- und Kommunalwahl, sichert die öffentlichkeitswirksame Zusammenfassung all unserer Wahlergebnisse auf Landesebene und ist Voraussetzung für ein gutes Abschneiden bei der Mandatsvergabe in den Regionalverbänden (RVR, LVR, LWL) und Regionalräten (frühere „Bezirksplanungsräte“). DIE LINKE ist grundsätzlich offen für die Einbindung anderer linker Kräfte auch in die Rats- und Kreistagsarbeit – vorausgesetzt, diese sind bereit, die Kommunalpolitischen Leitlinien des Landesverbandes und das Kommunalwahlprogramm der LINKEN vor Ort mitzutragen.
3. Die Entscheidung über den Antritt in kreisabhängigen Gemeinden wird jeweils auf Kreisparteitagen getroffen und abhängig gemacht von der Frage, ob dies den Parteiaufbau im Kreisverband absehbar eher stärken oder schwächen wird. Dabei gilt der Grundsatz unserer niederländischen Schwesterpartei SP: „Keine Fraktion ohne Aktion!“ Zu berücksichtigen ist auch die Fragestellung, ob langfristig sichergestellt werden kann, dass Kreisverband und Ortsverbände, Stadtrats- bzw. Kreistags- und Gemeinderats- bzw. Bezirksvertretungs-Fraktionen politisch-inhaltlich an einem Strang ziehen werden.
4. Die Auswahl der KandidatInnen für alle aussichtsreichen Listenplätze auf Stadtrats- bzw. Kreistags- sowie Gemeinderats- bzw. Bezirksvertretungs-Ebene setzt die sorgfältige Prüfung der Frage voraus, ob die KandidatInnen jederzeit bereit und in der Lage sind, den Pflichten gemäß § 6 Abs. 3 Bundessatzung² nachzukommen und – soweit sie Mitglied der LINKEN sind – auch darüber

¹ Dies schließt für kreisabhängige Gemeinden die Verwendung anderer tradierter Listennamen nicht aus.

² § 6 (3) Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind verpflichtet,
a. sich loyal und solidarisch gegenüber der Partei zu verhalten,
b. die programmatischen Grundsätze der Partei zu vertreten,

hinaus zur Stärkung der Parteiorganisation beizutragen.

Mit jedem/r Kandidatin/en wird vor seiner/ihrer Wahl eine möglichst konkret abgefasste Verpflichtungserklärung zur Abführung von MandatsträgerInnen-Beiträgen abgeschlossen, um die materielle Arbeit der Partei nachhaltig sicher zu stellen und um spätere Auseinandersetzungen über diese Frage auszuschließen.

Begründung:

Seit der Kommunalwahl 2009 haben wir LINKEN uns vielerorts erfolgreich gegen weitere Privatisierungen und für kommunale Betriebe, gegen schlechte Bezahlung und für Mindesttarife, gegen Kürzungen im sozialen, kulturellen oder Bildungsbereich und für eine bessere finanzielle Ausstattung eingesetzt.

Trotzdem: Das Leben in den Kommunen verändert sich durch eine zunehmende soziale Spaltung in Reich und Arm, durch eine fortschreitende Segregation insbesondere in den Großstädten, durch eine immer unzureichender werdende finanzielle Ausstattung der großen Mehrzahl der NRW-Kommunen und durch die damit von den neoliberal ausgerichteten Parteien begründete Kürzungs- und Gebührenpolitik zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung.

Um diesem Trend in den Kommunen erfolgreicher entgegenzutreten und aus der lokalpolitischen Arbeit heraus zu einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung der ideologischen Hegemonie beitragen zu können, braucht es eine starke Parteiorganisation der LINKEN vor Ort und eine eng an die Parteiarbeit angebundene kommunalpolitische Vertretung der LINKEN.

In unserer damals noch sehr jungen Partei sind bei organisatorischen und personalpolitischen Entscheidungen zur Kommunalwahl 2009 vielerorts schwerwiegende Fehler begangen worden, die sich u.a. in folgenden Zahlen widerspiegeln:

- Nach der Kommunalwahl 2009 waren wir erstmals in den Räten aller kreisfreien Städte und in allen Kreistagen vertreten.
Von ursprünglich 18 Fraktionen in den kreisfreien Städten sind nur noch 13 übrig geblieben.
Von insgesamt 86 Mandaten sind mehr als 20 verloren gegangen.
Von ursprünglich 19 Fraktionen in den Kreistagen sind noch 14 übrig. Von insgesamt 69 Mandaten sind ca. 10 verloren gegangen.
- In den kreisangehörigen Gemeinden sind von insgesamt 213 Mandaten mehr als 40 verloren gegangen.
In den Bezirksvertretungen sind von insgesamt 143 Mandaten ca. 20 verloren gegangen.

-
- c. die demokratische Willensbildung in der Partei bei der Wahrnehmung des Mandates zu berücksichtigen,
 - d. Mandatsträgerbeiträge entsprechend der Bundesfinanzordnung zu bezahlen,
 - e. gegenüber den Parteiorganen der entsprechenden Ebene und gegenüber den Wählerinnen und Wählern Rechenschaft über die Ausübung des Mandats abzulegen.

- In mindestens 10 Kreisverbänden gab es massive Auseinandersetzungen bis hin zur zeitweiligen Lähmung des Kreisverbands, in denen Konflikte zwischen Partei und Fraktion oder einzelnen MandatsträgerInnen eine ausschlaggebende Rolle spielten.

Solcherart Fehlentwicklungen müssen künftig ausgeschlossen werden.

Dann wird unsere Kommunalpolitik entscheidenden Anteil haben an der grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung.

Antragsnummer: 12.2.

Bezeichnung: Keine Zustimmung zu Sozialabbau

Antragssteller: Jürgen Aust (KV Duisburg und Mitglied des LaVo), Helga Ebel (KV Aachen und Mitglied des GfLaVo), Sascha Wagner (KV Dinslaken und Landesgeschäftsführer), Manfred Müller (KV Köln), Inge Höger (KV Herford und MdB), Ulla Jelpke (KV Dortmund und MdB), Michael Mohri (KV Köln), Hans-Werner Elbracht (KV Gütersloh und Mitglied des GfLaVo) Helmut Born (KV Düsseldorf und Mitglied des LaVo), Jules El-Katib (Landessprecher Linksjugend Solid), Kreisverband Wesel, Kreisverband Gütersloh.

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die für die Kommunalwahl 2014 in NRW von den jeweiligen Kreisverbänden gewählten Kandidaten bzw. Kandidatinnen verpflichten sich, im Rahmen ihrer parlamentarischen Tätigkeit (ob als Rats- oder Kreistagsmitglied, als Mitglied einer Bezirksvertretung, als Mitglied von entsprechenden Ausschüssen oder bei der Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten) weder Privatisierungen noch einem Sozial- und Personalabbau zuzustimmen. Die jeweiligen Kreisverbände und Kreisvorstände wirken auf die Einhaltung dieser Verpflichtung hin.

Begründung:

Sowohl im aktuellen Bundeswahlprogramm 2013, als auch im Landeswahlprogramm 2012 wurden sog. "rote Haltelinien" beschlossen.

Im "Bundes-Wahlprogramm2013" heißt es:

"DIE LINKE wird sich an keiner Regierung beteiligen, die Privatisierungen der Daseinsvorsorge oder Sozialabbau betreibt oder deren Politik die Aufgabenerfüllung des öffentlichen Dienstes verschlechtert."

Im „Landeswahlprogramm 2012“ heißt es:

"DIE LINKE.NRW wird sich jedoch an keiner Regierung beteiligen oder diese tolerieren, die Privatisierungen, Personal- und Sozialabbau vornimmt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert."

Es ist deshalb nur konsequent, wenn der Landesparteitag auch für die Kommunalwahlen 2014 entsprechende "rote Haltelinien" beschließt, um sicherzustellen, dass auch die gewählten

Kommunalwahl-Kandidat_innen ihr politisches Handeln in den verschiedenen kommunalen Gremien an diesen Grundsätzen orientieren.

| |
|---|
| Antragsnummer: 12.3. Bezeichnung: aussichtsreiche Plätze Antragssteller: LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik |
|---|

Der Landesparteitag appelliert an die Kreis- und Stadtverbände, bei der Aufstellung der Kandidatinnen für die Kommunalwahl (Reserveliste) Genossinnen und Genossen mit Behinderung auf aussichtsreiche Listenplätze zu wählen.

Begründung:

Wie dem Leitantrag zu entnehmen ist, ist jeder zehnte Bundesbürger von Behinderung betroffen. Diese Menschen haben einen Anspruch darauf von Menschen in der Politik vertreten zu werden, die ihre Belange aus eigener Anschauung kennen.

Die Partei DIE LINKE. würde damit ein Zeichen setzen, dass sie die UN-Behindertenrechts-Konvention, und Prinzipien von Barrierefreiheit und Inklusion ernst nimmt.

Die Beherzigung des Teilhabekonzept von Menschen mit Behinderungen auch innerhalb unserer Partei würde deutlich zu unserer Glaubwürdigkeit beitragen.

Darüber hinaus würden wir durch Menschen mit Behinderung als Vertreter unserer Partei in den kommunalen Parlamenten ein deutliches Signal setzen, dass wir uns vorrangig für die benachteiligten Mitglieder unserer Gesellschaft einsetzen.

| |
|--|
| Antragsnummer: 12.4. Bezeichnung: Stärkung der Kommunen Antragssteller: KV Mülheim |
|--|

Um die Demokratisierung der Demokratie voranzubringen, ist es erforderlich, für die Kommunen ein eigenes staatsrechtliches Organ mit Stimm- und Vetorecht auf Landes- und Bundesebene zu schaffen, ähnlich wie der Bundesrat für die Länder. Für eine funktionierende Demokratie ist die Basis entscheidend.

Begründung:

Die auf den Kopf gestellte gegenwärtige Demokratie – mit der höchsten Entscheidungskompetenz bei der EU und dann hierarchisch folgend beim Bund, beim Land und schließlich nur als Landes-Anhängsel bei der Kommune – missachtet die für die BürgerInnen wichtigste Institution mit ihrer sog. Allzuständigkeit. Obwohl durch Art. 28 des Grundgesetzes die „Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung“ als Rechtstitel besteht, sogar einschließlich der „Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung“, wird diese durch ständige Nichtbeachtung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land verletzt (Aufgaben- ohne entsprechende Mittelzuweisung sowie Schuldenabwälzung).

Angesichts von „Schuldenbremse“, Fiskalpakt und Nothaushalten ist es höchste Zeit, zugleich ein Abwehrinstrument als demokratisches Erfordernis in die öffentliche Debatte – u.a. zur Änderung der Gemeindeordnung – einzubringen und die Demokratie endlich vom Kopf auf die Beine zu stellen

Antragsnummer: 12.5.

Bezeichnung: Gegen ein Europa der Banken

Antragssteller: Azad Tarhan (stv. Landessprecher DIE LINKE. NRW) Michael Aggelidis (DIE LINKE Bonn), Jürgen Aust (LaVo DIE LINKE. NRW), Nils Bölke (BA-Delegierter), Gunhild Böth (Landessprecherin DIE LINKE), Helmut Born (LaVo DIE LINKE. NRW), Hannes Draeger (dielinke.SDS Münster), Darius Dunker (LaVo DIE LINKE. NRW), Simon Eberhardt (dielinke.SDS Köln), Hans-Werner Eilbracht (LaVo DIE LINKE. NRW), Nina Eumann (DIE LINKE. Mülheim), Thies Gleis (DIE LINKE Köln), Inge Höger (MdB DIE LINKE), Andrej Hunko (MdB DIE LINKE), Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE), Jules el Kahtib (Lspr Linksjugend [solid] nrw), Daniel Kerekes (Lspr Linksjugend [solid] nrw), Derya Kilic (stv. Landessprecherin DIE LINKE. NRW), Henriette Kökmen (LaVo DIE LINKE. NRW), Gabi Lenkenhoff (Sprecherin LISA NRW), Sefika Minte (Lspr Linksjugend [solid] nrw), Niema Movassat (MdB DIE LINKE), Christian Piest (LaVo DIE LINKE. NRW), Christel Rajda (Schatzmeisterin DIE LINKE. NRW), Katharina Schwabedissen (Sprecherin LISA NRW), Rüdiger Sagel (Landessprecher DIE LINKE. NRW), Cornelia Swillus-Knöchel (LaVo DIE LINKE. NRW), Ruth Tietz (Frauenbeauftragte DIE LINKE. NRW), Hannelore Tölke (LaVo DIE LINKE. NRW), Sascha Wagner (Geschäftsführer DIE LINKE. NRW), Wolfgang Zimmermann (PV DIE LINKE), Hubertus Zdebel (MdB DIE LINKE) Sarah Wagenknecht (MdB)

Tausende Aktivist*innen haben am 31. Mai und 1. Juni gegen die Europäische Zentralbank und die Politik der Troika protestiert. Die zentrale Einkaufsmeile Frankfurts war gesperrt, Banken, Immobilienfirmen und Großkonzerne mussten schließen, laut wurde auch am Flughafen gegen Abschiebung protestiert. Blockupy Frankfurt 2013 – das waren intensive und kraftvolle Tage der gemeinsamen Aktion und des gemeinsamen Widerstands. Wir LINKE haben uns an vielen Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligt und deutlich gemacht, wie Krisen- und Verarmungspolitik in das Leben von Millionen Menschen eingreift.

Daher stellen wir uns als LINKE gegen ein Europa der Banken und Konzerne und kämpfen stattdessen für ein solidarisches Europa, das sich nicht wie eine Festung gegen Flüchtlinge abschottet. Wir stellen uns gegen ein Europa, das Kriege führt und dadurch Elend in den Nachbarländern verursacht. Wer Kriege führt, ist für die Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen verantwortlich! Wer die Zockerbanken am europäischen Pokertisch nicht an die Kette legt, führt Armutsmigration herbei, denn während die Bank am Tisch immer gewinnt, verlieren die Menschen!

Blockupy wird auch 2014 wieder in Frankfurt mit Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die Politik der Banken und Konzerne protestieren und demonstrieren. Die wichtigste Protestveranstaltung wird die Eröffnung der neuen EZB-Zentrale sein.

Der Parteitag der LINKEN. NRW möge beschließen:

- DIE LINKE. NRW unterstützt wie auch in den Jahren zuvor das Bündnis Blockupy Frankfurt und wird durch geeignete Mitgliederansprache sowie durch Veröffentlichungen in ihren Medien zur Mobilisierung nach Frankfurt beitragen.

- DIE LINKE. NRW mobilisiert insbesondere zu den Aktionen zivilen Ungehorsams und zur internationalen Demonstration in Frankfurt anlässlich der Eröffnung der neuen EZB-Zentrale.
- Zur weiteren Koordination dieser Mobilisierung nach Frankfurt reaktiviert DIE LINKE. NRW die Projektgruppe „Euro-Krise“.
- Im anstehenden Europawahlkampf werden die Kandidat*Innen dazu aufgerufen, in ihren Wahlkreisen Veranstaltungen für unsere Mobilisierung nach Frankfurt zu organisieren. Die Projektgruppe unterstützt sie dabei durch einen Referent*Innen-Pool und geeignete Textvorlagen (z.B. PMs, Reader, etc.).

Antragsnummer: 12.6.

Bezeichnung: Keine Großprojekte in der Türkei

Antragssteller: ÖPF

Keine Unterstützung für destruktive Großprojekte in der Republik Türkei

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der nordrhein-westfälische Landesverband der Partei DIE LINKE ruft die deutsche Bundesregierung, die Europäische Union und ihr unterstehende Behörden auf, jegliche finanzielle und politische Unterstützung bzw. Beteiligung für große fragliche und destruktive Investitionsprojekte auf dem Staatsgebiet der Republik Türkei zu untersagen.

Der EU-Beitrittskandidat Republik Türkei ist ein Staat, der seit zehn Jahren wirtschaftlich keine Krisen erlebt. Dies liegt vor allem daran, dass massives ausländisches Privatkapital aus den europäisch-nordamerikanischen Staaten und dem Mittleren Osten in großen Mengen investiert wird. Es ist allerdings kaum ein wirtschaftlicher „Aufschwung“, der auf eigene Dynamiken und die Produktion von Gütern im Inland basiert.

Die Großprojekte im Infrastruktur- und Energiebereich nehmen hierbei eine ganz besondere Rolle ein.

In allen Regionen des Staates, vor allem aber in der Schwarzmeerregion und in Kurdistan, werden seit mehreren Jahren tausende Wasserkraftwerke oft mit Talsperren und Bergbauprojekte, mehrere Öl- und Gaspipelines, hunderte Kohlekraftwerke, zwei Atomkraftwerke, dutzende doppelspurige Fernstraßen, hunderte großer Bewässerungsanlagen mit industrieller Landwirtschaft gebaut oder geplant.

Dies bringt katastrophale Auswirkungen für Mensch, Natur und Umwelt in bisher nicht gekanntem Ausmaß.

Anatolien, Mesopotamien, Thrakien und die Schwarzmeerregion werden jedes Jahr ein großes Stück mehr für wirtschaftliche und politische Interessen von Konzernen und Zentralregierung zerstört und verwertet. Wie in kaum einem anderen Staat verschwinden fast täglich Pflanzen- oder Tierarten durch die Zerstörung der Flüsse, Feuchtgebiete, Wälder und Berge und die Verschmutzung der Luft

und der Bodens und jedes Jahr werden zehntausende Menschen Großprojekte zwangsvertrieben und in die Armut getrieben.

Prominentestes Beispiel ist der Ilisu-Staudamm am Fluss Tigris, welcher bei Fertigstellung bis zu 80.000 Menschen ihre Lebensgrundlagen nehmen, ein ökologisch weitgehend intaktes Flusstal zerstören, älteste menschliche Siedlungen wie Hasankeyf (*Heskîf*) überfluten und Millionen Menschen im Irak das Wasser abgraben würde.

Diese wahnsinnige Zerstörung ist ohne internationale Konzerne kaum machbar. Denn das türkische Kapital war einfach zu schwach. Dies ermöglichte die türkische Regierung der AKP mit vielen neuen neoliberalen Gesetzen und sie tut alles dafür, damit das kräftig weitergeht. Deutsche Unternehmen sind ganz vorne dabei, was insbesondere an der langen historischen und aktuell engen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit liegt.

Diese neoliberale Verwertung der ganzen Geographie macht natürlich auch in Städten keinen Halt. Riesige Wohnquartiere am Rande der Städte, wohin die armen städtischen Bevölkerungsschichten hingedrängt und gelockt werden, gehen einher mit der Gentrifizierung der Städte.

Auch hier investieren deutsche und europäische Konzerne kräftig. Istanbul gilt weltweit als die Top-Stadt, wo mit Immobilien die größte Gewinne zu erzielen sind. Da ist es kein Wunder, dass die AKP Regierung eine der letzten kleinen Grünanlagen im Zentrum Istanbul, den Gezi-Park, mit einem Einkaufszentrum ersetzen möchte. Der große und zu begrüßende Protest gegen den Gezi-Park ist auch ein Ergebnis des in den ländlichen Gebieten seit über zehn Jahren laufenden Widerstands gegen die Zerstörung der Lebensgrundlagen für Mensch und Natur.

Obwohl seit Jahren diese Zerstörungspolitik läuft, schweigt neben dem deutschen Staat auch die Europäische Union. Die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments nennen zwar kritisch einige der zerstörerischen Großprojekte, doch folgt daraus nichts in den Beitrittsverhandlungen. Es wird kein ernsthafter Druck ausgeübt. Oder die türkische Regierung nimmt sie nicht ernst, weil die europäischen Unternehmen sich wie hungrige Wölfe die Großprojekte an sich reißen wollen und dabei von ihren nationalen Regierungen unterstützt werden. Hier seien die Exportkreditgarantien – in der BRD Hermesbürgschaft – genannt.

DIE LINKE muss sich als Partei auf Bundes- und Europaebene offensiver gegen Exportkreditgarantien durch nationale Regierungen und Kredite durch die Europäische Zentralbank und andere Banken für destruktive Großprojekte einsetzen. Gleichzeitig muss sie verbindliche und tatsächlich einzuhaltende hohe soziale und ökologische Standards für eigene Unternehmen beschließen, die in der Republik Türkei und in anderen Staaten in Großprojekte investieren wollen.

Antragsnummer: 12.7.

Bezeichnung: Für einen Neustart der EU

Antragssteller: : Sevim Dagdelen (MdB, KV Bochum), Amid Rabieh (KV Bochum), Martin Hantke (KV Bochum), Christian Leye (KV Bochum), Kreisvorstand DIE LINKE. Bochum, Alexander Neu (MdB, KV Rhein-Sieg), Edith Fröse (Kreissprecherin KV Duisburg), Thomas Keuer (stellv. Sprecher KV Duisburg)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die LINKE.NRW setzt sich ein für ein Europa-Wahlprogramm, das den Demokratieabbau und den zunehmenden autoritären Umbau der Europäischen Union klar kritisiert.

Folgende Eckpunkte sind dabei von Bedeutung:

DIE LINKE. kritisiert das bestehende Demokratiedefizit der EU Institutionen. Der Prozess der Europäischen Integration war von Anfang an durch ein erhebliches Demokratiedefizit gekennzeichnet. Das historisch gewachsene Institutionengefüge der EU beinhaltet nur sehr beschränkte demokratische Teilhabemöglichkeiten. Daher ist die EU heute wesentlich weniger als die einzelnen Mitgliedstaaten in der Lage, politische Prozesse entlang den Interessen der Menschen zu gestalten. Das EU-Parlament verfügt im Gegensatz zu den nationalen Parlamenten weder über die Budgethoheit noch über ein Initiativrecht in der Gesetzgebung. Die EU-Kommission unterliegt anders als nationale Regierungen keiner effektiven parlamentarischen Kontrolle. Die Möglichkeiten direkter Demokratie (Bürgerinitiativen, Volksentscheide etc.) sind deutlich schwächer ausgeprägt als in den meisten Mitgliedsstaaten.

Auch kritisiert DIE LINKE. den fortschreitenden autoritären Umbau der EU. Inzwischen wird der Zugriff auf Haushalte von EU-Mitgliedsstaaten, sonst eines der wichtigsten Rechte des jeweiligen demokratisch gewählten Parlaments, durch EU-Institutionen möglich. Dies gilt nicht nur für den Fiskalpakt sondern auch für den ESM, welcher es der Troika aus Kommission, EZB und IWF erlaubt, die Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik der besonders hart von der Krise betroffenen Länder von außen zu diktieren. Die Macht der EZB als demokratisch nicht legitimierte Institution soll dabei durch die geplante Bankenunion weiter gestärkt werden. Dabei ist es inzwischen Praxis geworden, dass die beschränkten Mitspracherechte des EU-Parlaments umgangen werden, indem Instanzen wie der Fiskalpakt oder der ESM am EU-Parlament vorbei installiert wurden.

DIE LINKE. fordert, die Troika aufzulösen und die Kürzungsorgien rückgängig zu machen. Wir fordern die Etablierung einer sozialen Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen, um sicherzustellen, dass soziale und Arbeitnehmerrechte bei allen von der EU beschlossenen Maßnahmen Vorrang haben. DIE LINKE. fordert eine konsequente Demokratisierung sämtlicher Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene, eine Stärkung des EU-Parlaments sowie den Ausbau von direkter Demokratie.

DIE LINKE setzt sich für einen Neustart der EU ein, in dem die Verträge einer grundlegenden Revision unterzogen werden. Wir wollen eine soziale, solidarische, ökologische und friedliche EU, die den Interessen der Menschen verpflichtet ist und nicht der Konzerne. Wir fordern die Stärkung der

nationalstaatlichen Parlamente und des Europaparlaments. Auf Basis der bestehenden vertraglichen Grundlagen ist das nicht möglich. Die „von oben gesteuerte“ Integration muss durch ein „Europa von unten“ ersetzt werden.

Antragsnummer: 12.8.

Bezeichnung: Keine Festung Europa

Antragssteller: Sevim Dagdelen (MdB, Bochum), Martin Hantke (Bochum), Alexander Neu (MdB, Rhein-Sieg), Amid Rabieh (Bochum), Christian Leye (Bochum)

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE. NRW möge beschließen:

Für DIE LINKE. NRW zeigt die jüngste Tragödie vor Lampedusa: Die EU-Abschottungspolitik ist mörderisch. Der Untergang eines Flüchtlingsbootes vor Lampedusa am 3. Oktober 2013 und der Tod von mehr als 400 Menschen sind eine eindringliche Mahnung, die Abschottungspolitik der Europäischen Union schnellstmöglich und grundlegend zu beenden. An den EU-Außengrenzen sterben Jahr für Jahr Tausende Flüchtlinge, 2011 waren es über 1500 Tote. Seit 1988 starben insgesamt mehr als 19.000 Menschen beim Versuch, die EU zu erreichen. Die Einrichtung und der Ausbau von FRONTEX trugen dazu bei, den Kampf gegen Flüchtlinge noch weiter zu militarisieren. Wir sagen NEIN zu einer Festung Europa!

DIE LINKE. NRW fordert, in den Entwurf des Programms der LINKEN zur Wahl zum Europäischen Parlament 2014 im Bereich Migrations- und Flüchtlingspolitik aufzunehmen:

1. Eine deutliche und klare Kritik an der Vergemeinschaftung der Asyl- und Flüchtlingspolitik, durch die die extrem rigide und menschenrechtsfeindliche deutsche Asylpolitik nach Europa exportiert wurde. Die Folge waren noch mehr Abschottung, eine Ausweitung der inhumanen Abschiebehaft und noch mehr Tote an den Außengrenzen der EU.
2. Die Forderung nach einem anderen Verantwortungsteilungsprinzip (Dublin-II-Verordnung), das sich in erster Linie nach den berechtigten Wünschen der Betroffenen und dem Land der Asylantragstellung richtet und Ungleichgewichte bei der Aufnahme entsprechend der Größe und Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten auf finanzieller Ebene ausgleicht, um eine grundsätzliche Offenheit und Aufnahmebereitschaft für Flüchtlinge sicherzustellen; zugleich muss Schutzsuchenden ein offener und sicherer Zugang zum Territorium der EU gewährt werden.
3. Neben der Forderung nach einer Auflösung von FRONTEX muss die Einstellung von mit FRONTEX zusammenhängenden Grenzüberwachungsprojekten, wie etwa das erst jüngst beschlossene EUROSUR, gefordert werden.
4. Die Forderung nach legalen Möglichkeiten jenseits des Asylrechts und unabhängig von ökonomischer Nützlichkeitslogik zu schaffen, um es Menschen zu ermöglichen, nach Europa zu kommen und hier zu leben und zu arbeiten.

Begründung:

Wir stehen gegen eine Politik des Neokolonialismus und des Imperialismus, die immer mehr Flüchtlinge produziert. Wir solidarisieren uns mit den Flüchtlingen in Hamburg, Berlin und anderswo. Wir fordern eine faire und solidarische Politik gegenüber den Ländern des Südens, die ihnen eine soziale und ökonomisch nachhaltige Entwicklung ermöglicht. Wir stehen gegen den Zynismus der Macht, der die Überlebenden der Tragödie von Lampedusa abschiebt und gleichzeitig den Toten die italienische Staatsbürgerschaft verleiht.

Antragsnummer: 12.9.

Bezeichnung: Gegen Militarisierung

Antragssteller: Sevim Dagdelen (MdB, Bochum), Martin Hantke (Bochum), Alexander Neu (MdB, Rhein-Sieg), Amid Rabieh (Bochum), Christian Leye (Bochum)

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE. NRW möge beschließen:

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU setzen auf eine weitere Militarisierung. So soll als Antwort auf die Wirtschaftskrise ausgerechnet die Rüstungsindustrie gestärkt werden. Geplant sind ein Ausbau der Rüstungsforschung, die Förderung von Rüstungsexporten und viele gemeinsame Rüstungsprojekte. Auch bei den Auslandseinsätzen der EU soll aufgesattelt werden. Das heißt, dass in Zukunft noch mehr Geld in sinnlose und gefährliche Einsätze im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fließen soll. Institutionen der EU, wie die EU-Kommission, die Europäische Rüstungsagentur und der zivil-militärische Europäische Auswärtige Dienst treiben diese Militarisierung dienstbar mit voran. Dabei werden die Rüstungsanstrengungen eng mit der NATO verzahnt.

Eine Europäische Sicherheitsstrategie zielt auf den Zugang zu Märkten und Rohstoffen. Mit neokolonialistischen Methoden und zahlreichen Militärberatungs- und Polizeieinsätzen werden autoritäre Regime weltweit gestützt, solange sie sich als willfährig erweisen, wie in der Demokratischen Republik Kongo. Eine Unterstützung imperialistischer Kriege zur globalen Machtprojektion wie in Afghanistan hat sich auch die EU zur Aufgabe gemacht. Politische Lösungen für Konflikte werden dabei weitgehend in den Hintergrund gedrängt. Selbst der Anteil aus dem Europäischen Entwicklungsfond, der für militärische Zwecke ausgegeben wird, steigt ständig.

Einseitige Sanktionsbeschlüsse der EU nehmen zu, sie sind völkerrechtswidrig, unterlaufen die Autorität der UN und treffen in erster Linie die Bevölkerung des jeweiligen Landes. In Zukunft sollen nationale Parlamentsvorbehalte gegenüber EU-Militäreinsätzen noch weiter ausgehöhlt werden, indem der Parlamentsvorbehalt für Einsätze der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf ein Rückholrecht reduziert werden soll. Ein Grundstein für die andauernde Militarisierung der EU, wurde im Vertrag von Lissabon mit Aufrüstungsverpflichtung, vertraglicher Aufstellung von EU-Battle-Groups und institutionalisierter Verzahnung mit der NATO gelegt.

DIE LINKE. NRW fordert im Zusammenhang mit der Erstellung des Programms der LINKEN zur Wahl zum Europäischen Parlament 2014 im Bereich Migrations- und Flüchtlingspolitik aufzunehmen und klarzustellen:

1. DIE LINKE. kämpft gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen die Militarisierung der EU. Sie setzt darauf Auslandseinsätze zu beenden und Rüstungsexporte zu verbieten. Statt auf einen weiteren Ausbau einer Militärmacht EU, setzen wir auf eine friedliche und zivile EU.
2. DIE LINKE. setzt sich für eine Einhaltung des in der UN-Charta verankerten Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen. „Humanitäre“ Interventionen lehnen wir ab. Sie schützen keine Menschenrechte, sondern sind Teil massenhafter Menschenrechtsverletzungen durch EU- und NATO-Staaten. Wir wollen politische Lösungen, keine neuen Kriege unter Beteiligung der EU.
3. Militärberatungsmissionen und die Polizeiausbildung zur Unterstützung autoritärer Regime, wie in Afghanistan müssen sofort beendet werden. Die kostspielige Aufstellung von EU-Interventionstruppen und EU-Battle Groups, die nichts mit einer Territorialverteidigung zu tun hat, ist ein schlimmer Irrweg.
4. Statt auf einem Ausbau der Rüstungsindustrie, setzen wir auf Konversion. Die EU-Rüstungsagentur, die EU-weit Monopolisierungstendenzen und Rüstungsanstrengungen fördert, muss abgeschafft werden.
5. Voraussetzung für eine Entmilitarisierung der EU ist die Beendigung der Sicherheitskooperation mit den USA, wie auch der Austritt der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten aus der militärischen Struktur der NATO.
6. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die US-Militärbasen in der EU geschlossen werden, da diese für völkerrechtswidrige Kriege und CIA-Folterflüge benutzt werden und einen Faktor ständiger Unsicherheit darstellen.
7. Wir setzen weiterhin auf eine Beendigung der militärischen und geheimdienstlichen Zusammenarbeit mit den USA, dies beinhaltet die Kündigung der entsprechenden Abkommen. Demokratische Souveränität ist die Basis der Sicherheit für die Bevölkerungen in der EU. Die Unterordnung der EU-Staats- und Regierungschefs unter die Sicherheitsinteressen der USA, in deren Namen millionenfach Grundrechte in der EU verletzt werden, muss beendet werden.
8. Wir wollen eine EU, die frei ist von Massenvernichtungswaffen. DIE LINKE wendet sich deshalb auch gegen ein neues atomares Wettrüsten in Europa, als Teil dessen, die Aufstellung des Raketenschildes durch die USA, zu kritisieren ist. Wir fordern einen sofortigen Stopp der Aufstellung des Raketenschildes durch die USA in der EU. Diese Aufstellung gefährdet die Sicherheit der Bevölkerungen in der EU.
9. Wir wenden uns nicht zuletzt gegen die Instrumentalisierung der Opfer der beiden Weltkriege für den Ausbau von EU-Rüstung und die Pflege eines EU-Militarismus. Anlässlich des 100. Jahrestages des 1. Weltkriegs, kann es nur eine Lehre aus den verheerenden Kriegen insgesamt, die auch im Namen Europas geführt wurden, geben: Nie wieder Krieg, Nie wieder Faschismus! Für Frieden und Soziale Gerechtigkeit! Für eine sozialistische Alternative!

Begründung:

Im Bereich der Friedenspolitik findet sich im Entwurf des Europawahlprogramms der Satz: „Die EU verfügt weder über das demokratische Instrumentarium, um Auslandseinsätze entlang des Willens der europäischen Bevölkerung steuern zu können, noch tragen diese ausreichend zur Friedenssicherung bei.“ Hier wird der humanitären Intervention, die besser demokratisch kontrolliert wird und natürlich auch effizienter sein muss, das Wort geredet. Diese Zeilen sind ein Schlag ins Gesicht der Opfer der humanitären Kriege. Die bisherige friedenspolitische Orientierung wird auf perfide Art und Weise in Frage gestellt, da nutzt denn auch nicht die nachgeschobene Versicherung „für eine zivile, friedliche Politik innerhalb (sic!) Europas“ einzutreten. Auf jede Kritik an der EU-NATO-Zusammenarbeit, wie der Aufstellung von EU-Kampftruppen wurde verzichtet. Auch Militärberatungsmissionen und die Ausbildungs- und Ausstattungshilfe finden folgerichtig keine Erwähnung, denn dann hätte man die menschenfeindliche Unterstützung der EU mit ihren „Missionen“ für autoritäre Regime in den Blick nehmen müssen.

Antragsnummer: 12.10.

Bezeichnung: Nein zum Freihandelsabkommen

Antragssteller: Sevim Dagdelen (MdB, KV Bochum), Amid Rabieh (KV Bochum), Martin Hantke (KV Bochum), Christian Leye (KV Bochum), Kreisvorstand DIE LINKE. Bochum, Alexander Neu (MdB, KV Rhein-Sieg), Edith Fröse (Kreissprecherin KV Duisburg), Thomas Keuer (stellv. Sprecher KV Duisburg)

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE.NRW setzt sich dafür ein, dass im Europa-Wahlprogramm der Partei DIE LINKE eine klare Kritik an dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) formuliert wird.

Folgende Eckpunkte sind dabei von Bedeutung:

DIE LINKE lehnt die EU-Freihandelsdoktrin grundsätzlich ab. Als globaler Wirtschaftsakteur zeichnet sich die EU durch eine besondere Aggressivität aus. Um die Interessen der eigenen Unternehmen zu bedienen, nutzt sie ihre wirtschaftliche Macht dazu, schwächere Länder zu zwingen, ihre Märkte für EU-Produkte zu öffnen. Zugleich schützt sie die eigenen Märkte dort, wo sie selbst auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig ist. Dies gilt insbesondere im Agrarsektor. Legitimiert durch die Freihandelsdoktrin werden stets Märkte dereguliert und öffentliche Güter privatisiert. Die Profitmöglichkeiten von Banken und Konzernen werden so erweitert, während Löhne, Verbraucherschutz, Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherungssysteme und Umweltstandards abgebaut werden.

DIE LINKE wehrt sich gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ab, da es soziale und ökologische Standards ebenso bedroht wie demokratische Selbstbestimmungsrechte. Mitte 2012 wurden die Verhandlungen zwischen der EU und den USA gestartet, um gemeinsam die größte Freihandelszone der Welt zu schaffen. In den Verhandlungen kommen viele zentrale Punkte auf den Verhandlungstisch: von Finanzmarktregeln über Umweltstandards und Arbeitnehmerrechte bis hin zum Verbraucherschutz. Sollten die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden, droht ein weitreichender Abbau sozialer und ökologischer Standards. Zudem wird die Demokratie attackiert, vor allem weil die EU-Kommission darauf drängt, ein so genanntes „Investitionsschutz-Kapitel“ in das

Abkommen zu verhandeln. Banken und Konzerne sollen besondere Klagemöglichkeiten bekommen, wenn politische Entscheidungen ihre Profiterwartungen schmälern.

DIE LINKE. fordert einen Abbruch der Verhandlungen mit den USA zur transatlantischen Freihandelszone und eine Abkehr der EU von der Freihandelsdoktrin. Statt Freihandelsabkommen zu verhandeln, ist die EU gefordert, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um faire Handelsbeziehungen zwischen Nord und Süd zu etablieren und den Übergang zu einer solidarischen Welthandelspolitik in die Wege zu leiten.

Antragsnummer: 12.11.

Bezeichnung: Umzug LGS

Antragssteller: Klara Winand, Franz Josef Mörsch jr., Stefan Hillebrand (alle KV Euskirchen), Ralf Fischer (KV Essen)

Die Landesgeschäftsstelle soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder von Bochum nach Düsseldorf verlagert werden. Hierzu soll der Landesvorstand Möglichkeiten prüfen, unter welchen Bedingungen der bestehende Mietvertrag in Bochum vorzeitig beendet werden kann und es sollen Räume in Düsseldorf zur Miete in Erfahrung gebracht werden.

Begründung:

Der Umzug der Landesgeschäftsstelle vom Düsseldorf nach Bochum wurde seinerseits mit günstigeren Kosten begründet. Mittlerweile ist aber bekannt, dass die Räume der Geschäftsstelle in Bochum mit 43.368 € (pro Jahr) durchaus entsprechende Kosten verursachen. Somit ist dieses Argument aktuell nicht mehr zwingend, um am Standort Bochum festzuhalten.

Nachdem auf dem Landesparteitag in Münster die Durchführung von Regionalkonferenzen beschlossen wurde und diese Arbeit auch gut funktioniert, ist auch eine zentral gelegene Anlaufstelle in Bochum nicht mehr unbedingt notwendig.

Die Infrastruktur (direkt in der Fußgängerzone gelegen) ist für Materialanlieferung und Materialabholung ebenso nicht ideal.

Der Sitz des Landtages ist jedoch Düsseldorf. In Düsseldorf haben alle Landesparteien (außer der Piratenpartei) ihren Sitz. Für die Erreichbarkeit durch die Medienvertreter ist ein Sitz in Düsseldorf, wie die Vergangenheit gezeigt hat, zwingend notwendig.

Auch die Satzung des Landesverbandes gibt in §1 Abs. 2 vor: „Der Landesverband hat seinen Sitz in Düsseldorf.“ Somit sollte auch die Geschäftsstelle mit den wichtigen Ansprechpartnern den Sitz in Düsseldorf haben.